

Tödliche Schüsse auf Polizisten

Fassungslosigkeit und Trauer

Gegen Gewalt, Hass und Hetze

Der Mord an zwei Polizisten im rheinland-pfälzischen Landkreis Kusel in den frühen Morgenstunden des 31. Januar 2022 war auch für den gesamten dbb rheinland-pfalz ein Schock.

Die brutale Tat ist unbegreiflich und macht fassungslos.

Das Schicksal der Getöteten und ihrer Angehörigen ist bestürzend und macht traurig.

Wir sind in Gedanken mit tiefem Mitgefühl bei den Angehörigen, Freunden und Bekannten der Opfer sowie bei der ganzen Polizeifamilie und wünschen viel Kraft in dieser schweren Zeit.

➤ Spendenaufruf

Nach dem schrecklichen Ereignis weisen wir zusammen mit der Deutschen Polizeigewerkschaft – DPoIG – Rheinland-Pfalz auf den Spendenaufruf der Polizeistiftung des Landes Rheinland-Pfalz hin:

Die Stiftung hat ein Spendenkonto zur finanziellen Unterstützung der Familien der Verstorbenen eingerichtet.

Spenden bitte an:

Sparda Bank Südwest
IBAN: DE15 5509 0500 0001 9899 79
BIC: GENODEF1S01

Stichwort: Kusel — zwei von uns

➤ „Respekt. Bitte!“

Der dbb rheinland-pfalz ist Unterzeichner der gemeinsamen Vereinbarung mit der Landesregierung gegen Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Rahmen der Aktion „Respekt. Bitte!“ im Jahr 2019 und seit 2015 initiativ.

Wer die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihr Amt durch Sprachverhörung, persönliche Erniedrigungen, Beleidigungen oder tätliche Angriffe herabwürdigt, greift uns alle,

greift unsere demokratische Gesellschaft an. Wir tolerieren keine Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Diese Botschaft muss laufend bekräftigt werden, auch zum Beispiel im Hinblick auf unsägliche Kommentare in den sozialen Medien zur Gewalttat im Landkreis Kusel.

In der Woche nach der Tötung der 24-jährigen Polizeianwärtin und des 29-jährigen Polizisten in der Westpfalz hat die Ermittlungsgruppe „Hate Speech“ laut Medienberichten bundesweit 399 Fälle von Hass und Hetze im Internet im Tatzusammenhang festgestellt, davon 102 mit strafrechtlicher Relevanz.

Innenminister Roger Lewentz (SPD) nannte die Erschießung der Polizisten einen „feigen Mord auf brutale Art und Weise“ und reagierte mit Unverständnis



darauf, dass einzelne Internetnutzer die Tat „regelrecht feiern“ unter Verhöhnung der Opfer sowie der Angehörigen.

„Demokratisch Handeln gegen Gewalt, Hass und Hetze“ lautet nach wie vor die dbb Devise. dbb Landeschefin Lilli Lenz: „Gemeinsam müssen wir dagegenhalten, denn Gewalt ist nicht tolerabel. Sie muss wirkungsvoll bekämpft und gehandelt werden. Zusammen mit den unter unserem Dach vereinten Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden bleiben wir entschlossen auf dem Weg zu weiter verbesserten Lösungen im Sinne von Prävention, Deeskalation, Schutz und Hilfe.“ ■

Entschließungen des dbb rheinland-pfalz

Antwort aus der Staatskanzlei

Verständnis und Wegweiser

Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) hat dem dbb rheinland-pfalz auf die im Spätherbst 2021 übersandten Entschließungen und Forderungen des Hauptvorstandes

vom 26. Oktober 2021 geantwortet.

In vier Punkten – TV-L-Übernahme, Schlechtwegeentschädigung, Altersgeld und

Beurteilungsrecht – enthält die Antwort Entgegenkommen.

„Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder ver-

dienen für ihre Arbeit, die vor allem in Zeiten der Coronapandemie mit besonderen Herausforderungen verbunden war beziehungsweise ist, Dank und Wertschätzung“, so startet ▶

die Ministerpräsidentin in ihre Ausführungen.

▶ **TV-L-Abschluss 2021 und Übertragung auf Beamte**

Die Landesregierung stehe selbstverständlich zur Zusage, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Tarifabschlüsse der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Beschäftigten des Landes auch für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen zu übernehmen. Malu Dreyer kündigt im Brief sodann den entsprechende Anpassungsgesetzesentwurf an, der das Ländertarifergebnis „zeitgleich und systemgerecht auf die Beamten- und Richterschaft“ übertragen soll und inzwischen vorliegt.

▶ **Keine Anpassung der Wegstreckenentschädigung**

Zwar sehe die Landesregierung die Kraftstoffpreisentwicklung mit Sorge, aber Veränderungen der Kraftstoffpreise hätten einen geringen Einfluss auf die

Höhe der Wegstreckenentschädigung, so die Ministerpräsidentin mit Blick auf weitere Faktoren wie Abschreibung, Versicherung, Instandhaltung und Steuern. Zudem belege Rheinland-Pfalz im Vergleich einen Spitzenplatz bei der maximalen Entschädigungssatzhöhe. Folglich werden die Entschädigungssätze nicht angehoben. Auch eine Vereinheitlichung der Sätze lehnt Malu Dreyer ab.

▶ **Modernisierung des Landesreisekostenrechts**

Unter dieser Überschrift teilt die Ministerpräsidentin mit, dass „fachlicherseits für die nächste gesetzliche Änderung des Reisekostenrechts bereits“ eine Erhöhung des Wegstreckenentschädigungszuschlags für besonders schwierige Wegstrecken vorgemerkt sei.

Eine reisekostenrechtliche Anerkennung von per „Auto-Abo“ privat langzeitgemieteter Kfz zur dienstlichen Nutzung wird nicht in Aussicht gestellt. Privat geleaste, auf den Dienstreisenden als Leasingnehmer zugelassene Kfz, die im wirtschaftlichen Eigentum des Lea-

singnehmers stehen, sind anerkanntsfähig laut aktueller Rechtslage.

▶ **Altersgeld Einführung wird erneut geprüft**

Die Ministerpräsidentin teilt mit, das beabsichtigt sei, die Einführung eines Altersgeldes für alle ohne Versorgungsanspruch ausscheidenden Landesbeamtinnen und -beamten zu prüfen.

Abhängig gemacht wird das von erwarteter nationaler Rechtsprechung im Fahrwasser einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem Jahr 2016 (Rs. C-187/15 – Pöpperl). Der EuGH hat im Sinne der Arbeitnehmerfreizügigkeit geurteilt, „dass Art. 45 AEUV dahin auszulegen ist, dass er einer nationalen Regelung entgegensteht, nach der eine in einem Mitgliedstaat verbeamtete Person, die auf eigenen Wunsch aus dem Beamtenverhältnis ausscheidet, um eine Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat auszuüben, ihre Ansprüche auf Ruhegehalt aus der Beamtenversorgung verliert und in der gesetzlichen

Rentenversicherung nachversichert wird, wobei die daraus folgenden Altersrentenansprüche niedriger als die Ruhegehaltsansprüche sind“.

Dies zwingt Dienstherren ohne Altersgeldregelung aus dbb Sicht zum Handeln. Die Landesregierung will die weitere nationale Rechtsprechung abwarten, um angepasste Regelungen aufsetzen zu können. Es besteht auch ein Interesse, keine zu großen Anreize für ein Ausscheiden aus dem Dienst zu setzen.

▶ **Beurteilungsrecht: Gesetzesentwurf in Vorbereitung**

Malu Dreyer teilt mit, dass das Innenministerium an einem Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Anforderungen des Bundesverwaltungsgerichts hinsichtlich einer gesetzlichen Regelung wesentlicher Beurteilungsvorgaben (Urteil vom 7. Juli 2021, Az.: 2 C 2.21) arbeite. Die Dienststellen des Landes seien für die Zwischenzeit sensibilisiert, was die Notwendigkeit eines abschließenden Gesamturteils in Beurteilungen anbelange. ■

Fraktionsgespräch mit der SPD

Laufend Attraktivitätsschraube drehen für den öffentlichen Dienst

Abgeordnete argumentieren entlang der Linie der Landesregierung

Die dbb Landesleitung hat am 7. Februar 2022 mit der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz digital ein gewerkschaftliches Spitzengespräch geführt.

Dem dbb rheinland-pfalz ging es um Werbung für mehr Investitionen zugunsten des öffentlichen Dienstes, damit Schritt gehalten werden kann mit den Fachkräfte-Arbeitsbedingungen in der Privatwirt-

schaft (vergleiche Artikel über das Grünen-Fraktionsgespräch in diesem Heft).

▶ **LBVAnpG 2022**

Die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Elke Schwabl begrüßte die zügige systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) auf Beamtenbesoldung und -versorgung.

Zusammen mit dem stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Lars Lamowski beleuchtete sie die im Entwurf des Anpassungsgesetzes 2022 auch enthaltenen Adaptionen an die Alimentationsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kritisch: Die Hinzuerdenerne mit Minijob als gesetzgeberische Grundannahme zur alimentationsrechtlichen Betrachtung des Mindestabstands der unteren

Besoldung zum Grundsicherungsniveau diene Schönrechnungszwecken und sei unangebracht. Weder Thüringen noch Sachsen-Anhalt bezögen beispielsweise einen Minijob des Ehepartners ein bei den dortigen Vergleichsberechnungen.

▶ **Keine Kompensation für Versorgungsempfänger**

Besonders deutlich forderte die dbb Delegation, dass Ver-



sorgungsempfänger/-empfängerinnen eine Kompensation für die lange Zeit ohne Linearanpassung bis zur 2,8-Prozent-Anpassung im Dezember 2022 erhalten müssen, zum Beispiel per Einmalzahlung.

Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Peter Mertens forderte ergänzend die Abschaffung der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale.

SPD-Fraktionschefin Sabine Bätzing-Lichtenthäler stimmte zu, dass man sich mehr für Imageverbesserung und Werbung zugunsten des öffentlichen Dienstes einsetzen müsse. Allerdings könne der öffentliche Dienst hier mit zahlreichen Möglichkeiten bei der Arbeitszeit- und -ortsflexibilität punkten. Insbesondere die jüngere Generation lege zunehmend mehr Wert auf „weiche Faktoren“.

Markus Stein betonte, dass die generelle Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst ein gutes Werbeargument sei. Haushaltsüberschüsse aus dem letzten Jahr verwerde das Land in erster Linie zur Schuldentilgung und dann zu einem beträchtlichen Teil zur finanziellen Unterstützung der Kommunen, wovon der öffentliche Dienst dort letztlich auch profitieren könne. Er versprach, die Forderung nach Abschaffung der Kostendämpfungspauschale zur Prüfung in den Fraktionsarbeitskreis Haushalt und Finanzen mitzunehmen.

Thomas Wansch unterstrich, dass die Fraktion Vorbehalte

gegen eine kompensatorische Einmalzahlungslösung für Versorgungsempfänger 2022 habe, da ein Systemvergleich mit Rentnerinnen und Rentnern politisch keine versorgungsrechtlichen Sonderzahlungen zulasse.

> **Dienstfahrradleasing: keine außertarifliche Lösung**

Die dbb Delegation kritisierte mit Blick auf den LBVAnpG 2022-Entwurf, dass die enthaltene Rechtsgrundlage für eine beamtenrechtliche Entgeltumwandlung zum Zwecke des Fahrradleasings nicht für Tarifbeschäftigte im Landesdienst gelte. Beide Statusgruppen seien gleich zu behandeln, weshalb eine außertarifliche landesspezifische Lösung her müsse.

Wert legten die dbb Vertreter darauf, dass jegliche Leasinglösungen in der Praxis auf der Grundlage von Rahmenregelungen und Vereinbarungen landeseinheitlich zu gestalten sind.

Die SPD-Delegation stellte heraus, dass zunächst das Ob des geförderten Fahrradleasings beamtenrechtlich zu regeln sei, bevor Details über das Wie geregelt werden könnten. Wie der dbb rheinland-pfalz wünsche man sich umsetzende Rahmenvereinbarungen auf Landesebene. Die Einbeziehung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst könne nur tarifautonom durch die Tarifvertragsparteien geschehen. Man verzeichne zwar große Nachfrage nach

praktischer Fahrradleasingimplementierung, aber die Schaffung rechtlicher Grundlagen sei nicht auf hastige Umsetzung ausgerichtet.

> **Wegstreckenentschädigung: SPD skeptisch**

Die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Elke Schwabl forderte die Anpassung der landesreisekostenrechtlichen Wegstreckenentschädigung: Der dbb rheinland-pfalz möchte einen erhöhten, einheitlichen Pauschalsatz ohne Staffellung.

Die SPD-Vertreter sagten eine vertiefende Diskussion im Arbeitskreis Haushalt und Finanzen sowie einen Austausch mit dem Ministerium der Finanzen zu, zeigten sich aber skeptisch: Man frage sich, ob mit erhöhten Pauschalen nicht ein Fehlanreiz für mehr Individualverkehr gesetzt werde. Starke Kraftstoffpreissteigerungen hätten bislang nie lange nachgewirkt und könnten Pauschalanpassungen nicht rechtfertigen.

> **Altersgeldausweitung wird geprüft**

Ebenfalls vorgetragen wurde die Hauptvorstandsforderung nach Einführung eines allgemeinen versorgungsrechtlichen Altersgeldes in Rheinland-Pfalz.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler warnte in diesem Zusammenhang vor dem Bild eines „Goldenen Handschlags“. Markus Stein verwies auf ausstehende nationale Rechtsprechung.

> **Kranken- und Pflegeversicherung: Beitrags-erstattung in Elternzeit**

Die Forderungen des dbb rheinland-pfalz nach Anpassung der seit Jahrzehnten unveränderten Beitragsersparungsätze für Kranken- und Pflegeversicherung während der Elternzeit stieß bei den SPD-Politikern auf Verständnis und sie sicherten zu, einen

Bundesländervergleich anzustellen, um auf dieser Basis über die Forderung intern zu diskutieren.

> **Digitalisierung**

Der stellvertretende dbb Landesvorsitzenden Hans-Dieter Gattung präsentierte die Landesbundpositionierung zum Thema „Modernes Arbeiten im öffentlichen Dienst“ und forderte Mittelaufstockungen.

Die SPD stellte dem öffentlichen Dienst auf Landes- und Kommunalebene entgegen der Spitzengewerkschaft ein übergreifend positives Digitalisierungszeugnis aus. Im aktuellen Landeshaushaltsentwurf seien für die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes entlang eines roten Fadens durch alle Kapitel ausreichend Mittel für Digitalisierung enthalten, die insbesondere auch notwendige Mitarbeiterfortbildungen abdecken würden.

Die SPD-Landtagsfraktion wurde vertreten durch die Vorsitzende Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die Abgeordneten Markus Stein (haushaltspolitischer Fraktionssprecher, Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Haushalt und Finanzen), Thomas Wansch (Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags) sowie Hans-Jürgen Noss (innenpolitischer Fraktionssprecher, Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Innen, Sport, Landesplanung, stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses des Landtages) und durch Stephan Engel (Fraktionsmitarbeiter).

Seitens des dbb rheinland-pfalz nahmen am Gespräch die stellvertretenden Landesvorsitzenden Elke Schwabl, Hans-Dieter Gattung, Lars Lamowski und Peter Mertens sowie Landesgeschäftsführer Malte Hestermann teil. ■

Fraktionsgespräch mit Bündnis 90/Die Grünen

Qualifiziertes Personal braucht berufliche Perspektiven

Zahlreiche Tagesordnungspunkte besprochen

Die dbb Landesleitung hat am 13. Januar 2022 mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Rheinland-Pfalz digital ein gewerkschaftliches Spitzengespräch geführt.

> **dbb Kernanliegen**

Kernanliegen des dbb rheinland-pfalz war mit Blick auf den Landeshaushalt, dass mehr Geld in den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz investiert werden muss.

Nur damit kann

- die Nachwuchsgewinnung verbessert,
- die Fachkräftesicherung ausgebaut,
- die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gesteigert,
- besser für die Berufswahl „öffentlicher Dienst“ geworden und
- mit weiter gesteigerter Flexibilität bei Arbeitszeit und -ort gewonnen werden.

> **Versorgungsnullrunde bis Dezember 2022?**

Die Landesleitung des dbb kritisierte mit Blick auf den zu Jahresbeginn im Beteiligungsverfahren veröffentlichten, grundsätzlich sachgerechten Entwurf des Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2022 (LBVAnpG) deutlich, dass Versorgungsempfänger/-empfängerinnen demnach keine Kompensation für die lange Zeit ohne Linearanpassung bis zum 2,8-Prozent-Schritt im

Dezember 2022 erhalten sollen, während Bezügeempfänger im aktiven Dienstverhältnis bis März eine konzeptionelle (steuerfreie) Coronasonderzahlung für pandemiebedingte Erschwernisse im Dienst bekommen.

Die dbb Landeschefin Lilli Lenz unterstrich: Der dbb rheinland-pfalz fordert eine kompensierende Lösung für das Versorgungsrecht. Denkbar ist eine Einmalzahlung in Anlehnung an die Höhe der Coronasonderzahlung (1 300 Euro), vielleicht anteilig oder gestaffelt. Auch andere monetär wirksame Wege könnten aus Sicht des dbb Landesbundes besprochen werden, weshalb Lilli Lenz die Abschaffung der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale für Rheinland-Pfalz forderte.

Die Lebenshaltungskosten stiegen auch für Versorgungsempfängerinnen/-empfänger deutlich. Das Land könnte gerade zum eigenen 75-jährigen Jubiläum 2022 gut ein Zeichen der anerkennenden Wertschätzung zugunsten der Versorgungsempfänger setzen.

Grünen-Fraktionschef Dr. Bernhard Braun zeigte Verständnis für die Lage der Versorgungsempfänger. Eine Pandemiesonderzahlung komme für den Personenkreis nicht in Betracht. Er sagte trotzdem zu, das Anliegen des dbb rheinland-pfalz zu Gesprächen mit dem Ministerium der Finanzen unterstützend mitzunehmen.

Mit Blick auf die über die Tarifiergebnisübertragung

hinausgehenden Alimentaionsmaßnahmen aus dem LBVAnpG-Entwurf äußerten die Grünen, dass das Land zu sehen müsse, in harter Konkurrenz um Nachwuchs und Fachkräfte bestehen zu können. Insbesondere junges Personal müsse angezogen werden und mit beruflichen Perspektiven ausgestattet werden.

Gleichwohl könne man nicht alle wünschenswerten Lösungsansätze in den aktuellen LBVAnpG-2022-Entwurf packen.

> **Dienstfahrradleasing: noch wenig Zug auf der Kette**

Die dbb Delegation kritisierte mit Blick auf den Entwurf, dass die enthaltene Rechtsgrundlage für eine beamtenrechtliche Entgeltumwandlung für Fahrradleasing nicht für Tarifbeschäftigte im Landesdienst gelte. Es müsse entweder eine tarifrechtliche Lösung her oder eine außertarifliche Entsprechung. Jedenfalls seien beide Statusgruppen im öffentlichen Dienst gleich zu behandeln.

Es stellte sich heraus, dass die Grünen-Landtagsfraktion noch keine detailliert-konkreten Modelle zur Ausnutzung der nun beamtenrechtlich entworfenen Rechtsgrundlage für Fahrradleasing hat. Das nächste Haushaltsjahr wird für die Praxisumsetzung offensichtlich angepeilt. Aus Sicht der Grünen müssen auch Angestellte im öffentlichen Dienst der Länder die Möglichkeit zum Fahrradleasing bekommen. Einen Systemflickenteppich soll es bei

der Umsetzung nicht geben. Viele Detailfragen seien zu klären mit dem Finanzministerium, so Dr. Bernhard Braun.

> **Anpassung der Wegstreckenentschädigung**

Die Grünen hielten die dbb Forderung nach einem einheitlichen Kilometersatz von 50 Cent bei der reisekostenrechtlichen Wegstreckenentschädigung für zu hoch, sicherten aber zu, das Grundanliegen auch unter dem Aspekt der Schlechtwegeentschädigung sowie neuer Kfz-Halterkonstellationen („Auto-Abo“) in die weiteren Haushaltsberatungen mitzunehmen.

> **Altersgeldausweitung wäre gut**

Ebenfalls vorgetragen wurde die dbb Hauptvorstandsfordernung nach Einführung eines allgemeinen versorgungsrechtlichen Altersgeldes in Rheinland-Pfalz. Der dbb rheinland-pfalz verspricht sich davon positive Effekte auf die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst, denn die Erfahrung zeigt, dass viele Interessenten gerne eine im Vergleich zur Nachversicherung günstigere Möglichkeit zur Sicherung von Versorgungsansprüchen auf der Hinterhand wüssten, sollte ein Berufswechsel anstehen.

Dr. Bernhard Braun bestätigte die Einschätzung, dass Berufsentscheidungen heute oft nicht mehr für vierzig Jahre getroffen würden und befürwortete Flexibilität bei der Karriereplanung. Er sicherte zu, das dbb Anliegen mitzunehmen in Regierungsgespräche.



> **Stichwort Familienfreundlichkeit**

Ebenfalls auf Zustimmung von der Grünen-Fraktion stießen die Forderungen des dbb rheinland-pfalz nach überfälliger Anpassung der seit Jahrzehnten unveränderten Beitragserstattungssätze für Kranken- und Pflegeversiche-

rung während der Elternzeit sowie die aktuelle Landesbundpositionierung zum Thema „Modernes Arbeiten im öffentlichen Dienst“.

Die Grünen-Vertreter bekräftigten, dass sie die Sorge um Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung im öffentlichen Dienst teilen und für

Verbesserungsmöglichkeiten eintreten, insbesondere unter dem Aspekt von Familienfreundlichkeit.

> **Zweiter Beförderungstermin im Jahr?**

Die dbb Delegation schlug die Einführung eines zweiten jährlichen Beförderungstermins im Landesdienst vor – früher war das der 1. Dezember –, um besonders in Jahren mit engem zeitlichen Korsett und dem Verfassungstag in allen Verwaltungssparten flexibel zusätzliche Beförderungsstellen besetzen zu können.

Die Grünen-Landtagsfraktion sieht hier die betreffenden Ressorts in der Pflicht; die Idee eines zusätzlichen Beförde-

rungstermins wurde positiv bewertet.

Die Grünen-Landtagsfraktion wurde vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Bernhard Braun (Sprecher für Haushalt, Medienpolitik, Kommunal Finanzen), den Abgeordneten Daniel Köbler (Sprecher für Soziales, Arbeit, Inklusion, frühkindliche Bildung, Finanzen, Sport und Innenstädte) und durch Johannes Saalfeld (Fraktionsgeschäftsführer).

Seitens des dbb rheinland-pfalz nahmen am Gespräch die Landesvorsitzende Lilli Lenz, die stellvertretenden Landesvorsitzenden Elke Schwabl, Hans-Dieter Gattung, Lars Lamowski und Peter Mertens sowie Landesgeschäftsführer Malte Hestermann teil. ■